PRÄAMBEL

Der Markt Reichenberg erlässt aufgrund der §§ 9 und 10 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der §§ 9 und 11 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG) i.V.m. Artikel 4 des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (BayNatschG) in der jeweils zum Zeitpunkt dieses Beschlusses gültigen Fassung die Erweiterung des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan "Erneuerbare Energien" in der Fassung vom als Satzung.

Der Bebauungsplan mit Grünordnungsplan besteht aus der Planzeichnung einschließlich der Festsetzungen durch Planzeichen (Teil A) sowie den textlichen Festsetzungen (Teile B und C).



A. Festsetzungen durch Planzeichen

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 Abs. 2 BauNVO)

Zweckbestimmung "Biomasse und Freiflächenphotovoltaik/Agriphotovoltaik"

Zweckbestimmung "Agri PV und Freiflächenphotovoltaik"

2. Maß der baulichen Nutzung

(SO)0,8 Grundflächenzahl (GRZ)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 Abs. 2 BauNVO)

(SO)0,7 Grundflächenzahl (GRZ)

3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

4. Flächen oder Maßnahmen für Bepflanzungen sowie zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25; § 1a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1a Satz 2 BauGB)

Entwicklungsziele

CEF-Maßnahme für Feldhamster und Feldlerche

siehe B 4.2 und Übersichtskarte Artenschutz

5. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)



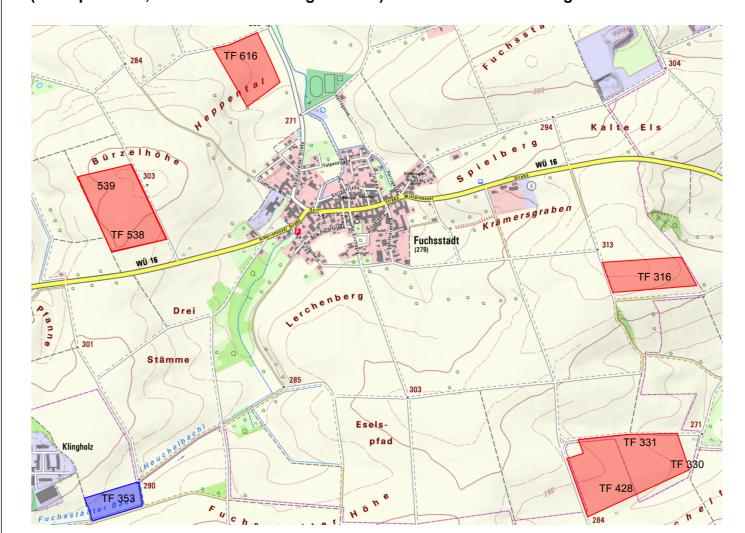
bestehende Ausgleichsfläche Bebauungsplan "Erneuerbare Energien"

vorhandene Grundstücksgrenzen (mit Flurnummern)

Übersichtskarte Artenschutz

Flurnummer 353 Gmkg. Essfeld (blaue Fläche) für Feldhamster- und Feldlerchenausgleich Bewirtschaftung "3-Streifenmodell", alternativ

Übersicht Feldschläge für Feldhamster- und Feldlerchenausgleich Fl.Nrn 428, 330, 331; 538, 539; 316 und 616 (alle Gmkg Fuchsstadt - rote Flächen) Bewirtschaftung im Rahmen einer konservierenden Landwirtschaft (Prinzip der CA, d.h. Conservation Agriculture) ohne Bodenbearbeitung



VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Der Gemeinderat des Marktes hat in der Sitzung vom...... gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht.
- 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 29.07.2027 hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan in der Fassung vom 29.07.2027 hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- 4. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan in der Fassung vom . wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis beteiligt.
- 5. Der Entwurf des Bebauungsplans mit Grünordnungsplan in der Fassung vom wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom öffentlich ausgelegt. Die Auslegung wurde eine Woche vorher bekannt
- 6. Der Gemeinderat des Marktes hat mit Beschluss des Marktrates vom vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Grünordnungsplan sowie Vorhaben- und Erschließungsplan in der Fassung vom als Satzung beschlossen.

Reichenberg, den .

Stefan Hemmerich Erster Bürgermeister

Reichenberg, der

Stefan Hemmerich Erster Bürgermeister

8. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan mit Grünordnungsplan wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan mit Grünordnungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Stadt zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan mit Grünordnungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Ausgefertigt

(Siegel)

Reichenberg, der Stefan Hemmerich

Erster Bürgermeister

Textliche Festsetzungen nach § 9 BauGB und BauNVO

Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 11 Abs. 2 BauNVO)

1.1 Sonstiges Sondergebiet SO₁ mit der Zweckbestimmung "Biomasse und Agri-Photovoltaik und Freiflächenphotovoltaik": Die Fläche SO₁ wird im Verhältnis 50 % für Biogas und 50 % für Freiflächenphotovoltaik / Agriphotovoltaik genutzt. Im SO₁ sind Gebäude und bauliche Anlagen, die zur Erzeugung von Strom aus Biogas erforderlich bzw. in diesem Zusammenhang auf Grund anderer Vorschriften herzustellen sind, sowie aufgeständerte Photovoltaikmodule in starrer Aufstellung und nachgeführte Photovoltaikmodule zulässig.

SO₂ mit der Zweckbestimmung "Agri-Photovoltaik und Freiflächenphotovoltaik". Im SO₂ sind aufgeständerte Photovoltaikmodule in starrer Aufstellung und nachgeführte Photovoltaikmodule zulässig.

Im SO1 und SO2 für "Agri-Photovoltaik und Freiflächenphotovoltaik" sind die für die Solar-Module notwendigen Wechselrichter, Transformatoren, Speicher und sonstige Betriebsgebäude und einrichtungen sowie Nebenanlagen, die dem Nutzungszweck des SO-Gebietes dienen (z.B. Einfriedung, Blendschutzmaßnahmen usw.) zulässig. Zulässig sind Anlagen, deren Geräusche die Obergrenze von 65dB(A) entlang der öffentlichen Verkehrswege nicht überschreiten. Die Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie ("BESS"). können die erzeugte Energie des Sondergebiets und Energie aus dem öffentlichen Netz beziehen und abgeben. Ferner sind Anlagen zur Einfriedung und Überwachung (Kameramasten) zulässig.

Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 Abs. 2 und § 19 BauNVO)

2.1 Grundflächenzahl (GRZ): 0,7 (§ 19 BauNVO) Im SO₁ beträgt die maximal zulässige Grundflächenzahl Anlagen für Biomasse und für aufgeständerte Photovoltaikmodule in senkrechter Projektion **0,8**.

Im SO₂ beträgt die maximal zulässige Grundflächenzahl **0,7**. 2.2 Höhenfestsetzung (§ 9 Abs. 2 BauGB, § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen über der Geländeoberfläche beträgt im SO₁. - für baulichen Anlagen: max. Wandhöhe (WH) 8,0 m und Firsthöhe bis 12,0 m

für Photovoltaikmodule 4,5 m Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen über der Geländeoberfläche beträgt im SO₂ - für Photovoltaikmodule 6,0 m

Die zulässige Höhe der Nebenanlagen (Firsthöhe bei Sattel- und Pultdächern, Wandhöhe bei Flachdächern sowie maximale Bauteilhöhe bei sonstigen Anlagen) wird mit 8,0 Metern festgesetzt. Videoüberwachungsanlagen sind bis 11,0 m zulässig.

Als Bezugspunkte für die festgesetzten Wand- bzw. Gebäudehöhe werden festgelegt: - untere Bezugspunkt: natürliche Geländeoberfläche - oberer Bezugspunkt Wandhöhe: Schnitt der traufseitigen Außenwand mit der Dachhaut oder

oberer Abschluss der Wand - oberer Bezugspunkt Gebäudehöhe: First bzw. Oberkante Dach

2.3 Die Höhe der über Behältern zulässigen Tragluftdächer/Folienhauben ist im jeweiligen Bauantrags-/ Genehmigungsverfahren festzulegen.

Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 und 4 BauGB, §§ 14 und 23 BauNVO) 3.1 Baugrenze und Flächen für Nebenanlagen

Die zugelassenen baulichen Anlagen (inkl. der Einfriedungen) sind nur innerhalb der festgesetzten Baugrenzen zugelassen. Außerhalb der Baugrenze sind ausnahmsweise zugelassen: Einrichtungen zum Brandschutz (z.B. Löschwassereinrichtungen).

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25; § 1a Abs.3 i.V.m. § 9 Abs.1a BauGB)

4.1 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

Die Baumaßnahmen (Erdbauarbeiten) sind außerhalb der Brutzeit von Vogelarten zwischen Anfang September und Anfang März durchzuführen. Bei Bauausführung innerhalb der Brutzeit sind zur Verhinderung artenschutzrechtliche Verbotstatbestände im Sinne des § 44 BNatschG i.V.m. funktionswirksamen CEF-Maßnahmen folgende Vergrämungsmaßnahmen durchzuführen: - Anlage und Unterhalt einer Schwarzbrache bis zum Baubeginn, alternativ - Aufstellen von 2 m hohen (über GOK) Stangen mit Absperrbänder in 2 m Länge im Abstand von

4.2 Externe Ausgleichsflächen/-maßnahmen

Dem Eingriff in den Lebensraum des Feldhamsters und der Feldvögel wird das Flurstück mit der Fl.Nr 353 (Gmkg Essfeld) und einer Größe von 2,6388 ha als externe CEF-Fläche für die Herstellung der Lebensräume für Feldhamster und von 3 Feldvogelreviere mit einem Flächenumfang von insgesamt 2,5 ha zugeordnet. Die Maßnahmen sind gleichzeitig vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen / CEF-Maßnahmen im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG für Feldhamster und Feldlerche und sind so durchzuführen, dass diese zum Eingriffszeitpunkt wirksam sind und der Erhalt der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte weiterhin gewahrt ist. Folgende Maßnahmen sind zur Entwicklung und Erhaltung des "3-Streifen Modell" - streifenförmi-

ger Mischanbau von Blühstreifen, Luzerne und Getreide Blühstreifen - auf der Fläche umzusetzen: Anlage von Streifen von Luzerne bzw. Luzernegras (maximaler Grasanteil von 40%) und Getreide (kein Mais) mit höchstens 12m, mindestens 5m Breite, sowie Anlage von Blühstreifen mit mindestens 10m Breite. Die Vorgewender können zu einfacherer Bewirtschaftung mit einer einheitlichen Feldfrucht angesät werden

Ansaat Luzerne und Belassen von mindestens 3-jähriger Standzeit. Mit maximal zweimaliger Mahd mit Mahdgutabfuhr. Die erste Mahd ist zulässig bei einer Mindesthöhe von 25 cm benachbarter Feldfrüchte, die zweite Mahd darf bis 01.10 erfolgen. Der Umbruch vor einer Neuansaat darf erst ab dem 15. Oktober und bis zu einer Tiefe von 25 cm erfolgen

Getreidestreifen sind mit doppeltem Saatreihenabstand anzusäen, bis zum 01.10. darf höchstens 50 % der Getreidefläche geerntet werden, bei Mahd sind Stoppeln mit einer Mindesthöhe von 30 cm zu belassen. Eine flache Bodenbearbeitung bis 25 cm Tiefe ist frühstens ab dem 15.10. zulässig.

Ansaat mit autochthoner, für die Lebensraumansprüche der Feldlerche geeigneter blütenreicher Saatgutmischung (nicht zu hochwüchsig) im Frühjahr oder Herbst. Ein Schröpfschnitt ist zulässig, Es darf nur im März und nicht mehr als 50 % der Fläche des Blühstreifens gemulcht werden. Bei Bedarf nach mehreren Jahren Nachsaat bzw. Umbruch mit erneuter Ansaat im Frühjahr mit flacher Bodenbearbeitung bis 25 cm Tiefe ab dem 15.10. Keine Verwendung von Wachstumsregulatoren, Insektiziden, Rodentiziden, Pflanzen-

schutzmitteln mit Ausnahme bei Auftritt von Problemunkräutern bzw. -gräsern ist ein problemunkrautspezifisches Herbizid einmal jährlich während des Getreideaufwuchses erlaubt. Kein Einsatz von Klärschlamm, eine Ausbringung von flüssigen organischen Wirtschaftsdüngern ist nur nach Ende der Sperrfrist im Winterausgang bis zum 15. April, standortange-

 Feldarbeiten sind nur tagsüber zulässig. Änderungen bzw. Anpassungen der Bewirtschaftungsauflagen sind in Abstimmung mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Genehmigung der zuständigen UNB zu-

Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen ist durch eine ökologische Baubegleitung nach-

Alternativ zum "3-Streifen Modell" sind produktionsinterne Maßnahmen im Rahmen einer konservierenden Landwirtschaft (Prinzip der CA, d.h. Conservation Agriculture) ohne Bodenbearbeitung in folgender Umfang und Ausführung zulässig:

Flächenumfang: Im Rahmen einer viergliedrigen Fruchtfolge aus Silomais, Wintergetreide-GPS (Ganzpflanzensilage) und Leguminosen, Zuckerrüben und Wintergetreide(-GPS) sind in einem Umfang von mindestens 4,0 ha mit der Frucht Wintergetreide-GPS und Leguminosen für den Feldhamster und von mindestens 1,5 ha mit der Frucht Zuckerrübe für die Feldlerche jeweils auf einer der Flächen mit der Fl.Nrn TF 428, TF 330, TF 331; TF 538, 539; TF 316 und TF 616 (alle Gmkg Fuchsstadt) bereitzustellen. Sollten die Anbauflächen geändert werden, sind die Änderungen mit

der HNB und UNB abzustimmen und zu melden. Flächeneignung Feldlerche: Die Flächen für die Feldlerche müssen in offenem Gelände liegen und folgende Mindestabstände zu Kulissen und Infrastrukturen einzuhalten: Einzelbäume und Hecken 50m, Baumreihen, Baumhecken und Feldgehölze 120m, geschlossene Wälder 160m, vielbefahrene Straßen, Siedlungsränder, Stromleitungen 100m.

Flächeneignung Feldhamster: Die Flächen für den Feldhamster müssen in offenem Gelände auf Bodenstandorten mit einer Mindestbodenwertzahl von 60 liegen und folgende Mindestabstände zu Kulissen und Infrastrukturen einzuhalten: Einzelbäume und Hecken 50m, Baumreihen, Baumhecken und Feldgehölze, geschlossene Wälder 100m, vielbefahrene Straßen, Siedlungsränder 100m. Unterschreitung der Mindestabstände sind durch größer Anbauflächen zu kompensieren. Bewirtschaftungsvorgaben auf den Flächen für die Feldlerche:

Aussaat der Zuckerrüben im März, Ernte im September/Oktober und Ansaat nach der Ernte mit Wintergetreide-GPS und Leguminosen, Pflanzenschutz und Düngung nach Bedarf und guter fachlicher Praxis.

Bewirtschaftungsvorgaben auf den Flächen für Feldhamster:

Aussaat Wintergetreide-GPS mit Leguminosen ab September, Ernte im Juni. Belassen von Wintergetreide-GPS-Leguminosen Streifen (Mindestbreite 10 – 12m, Mindestfläche 10 % = 4.000 qm) als Deckung/Nahrungsquelle für den Feldhamster bis 1.10.. Nach der Wintergetreidernte im Juni ist die Ansaat einer Zwischenfrucht mit mehr als 10 Arten unverzüglich durchzuführen. Eine Ernte dieser Zwischenfrucht ist ab dem 1.10. zulässig, wenn Zwischenfrucht-Vegetationsstreifen (Mindestbreite 10-12 m, Mindestfläche 10 % = 4.000 qm) über den Winter stehen bleiben.

Flächen nach guter fachlicher Praxis. Keine Ausbringung von Herbiziden in der Wintergetreide-GPS Hauptfrucht und artenreichen Zwischenfrucht. Die Umsetzung der artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen ist durch ein jährliches Monitoring zu begleiten und Revierkartierungen von Hamster und Feldlerche zu belegen. Sollten innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren ab Beginn der PIK-Maßnahmen keine Bestandsteigerung der Arten Feldhamster und Feldlerche über die üblichen Besatzdichten in der Gemarkung pro ha (Feld-

Keine Düngung der Vegetationsstreifen mit artenreicher Zwischenfrucht. Düngung auf den übrigen

lerche: 0,4 Stk./1 ha und Feldhamster 1,1 Stk/ha) hinaus erbracht werden können, ist das "3-Streifen Modell" weiterzuverfolgen. Fläche gem. 4.2 erster Absatz. Wenn auf anderen Flächen des Betriebes in der Gemarkung Fuchsstadt, die im CA-System bearbeitet werden, durch Monitoring nach 5 Jahren eine Bestandssteigerung der Arten Feldlerche und Feldhamster über die üblichen oben genannten Bestandsdichten pro ha nachgewiesen werden kann, können die Vegetationsstreifen (artenreiche Zwischenfrucht bzw. nicht abgeerntete Winter-

getreide-GPS – Streifen) entfallen. 4.5 Freiflächengestaltung innerhalb der Sondergebiete SO₁ und SO₂

grundwasserschädigenden Chemikalien erfolgen.

Im SO₁ und SO₂ ist eine landwirtschaftliche Nutzung unter und zwischen den nicht mit baulichen Anlagen für Freiflächenphotovoltaik überdeckten Bereiche zulässig. Batteriespeicher sind gegenüber Wegen durch zweireihige Hecken einzugrünen, entlang der Weggrenzen ist mit den Sträuchern ein Mindestabstand von 2,5m einzuhalten.

4.6 Umgang mit Niederschlagswasser / Grundwasser- und Bodenschutz Das auf den Grundstücksflächen anfallende Niederschlagswasser ist im Bereich der Freiflächenphotovoltaikanlagen innerhalb des Geltungsbereichs flächenhaft über die belebte Boden-

zone in den Untergrund zu versickern. Bei Verwendung von Technikgebäuden mit Dacheindeckungen in Metall sind diese zu be-

Die Solarmodule sind mit Ramm- oder Schraubfundamenten zu verankern. Die Oberflächenreinigung der Photovoltaikelemente darf nur mit Wasser unter Ausschluss von

Die maximal mögliche astronomische Blenddauer darf an den relevanten Immissionsorten (gemäß den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz – LAI – Stand 08.10.2012 – Anlage 2 Stand 03.11.2015) unter Berücksichtigung aller umliegenden Photovoltaikanlagen 30 Minuten am Tag und 30 Stunden pro Kalenderjahr nicht überschreiten. Auch an Straßenwegen dürfen keine störenden Blendwirkungen hervorgerufen werden. Gegebenenfalls sind entsprechende Maßnahmen zur Einhaltung dieser Werte zu ergreifen. Diese umfassen: - Unterbindung der Sicht auf das Photovoltaikmodul in Form von Wällen oder blickdichtem Bewuchs in Höhe

- Optimierung von Modulaufstellung bzw. -ausrichtung oder -neigung. - Einsatz von Modulen mit geringem Reflexionsgrad.

der Moduloberkante.

Der Nachweis über die Einhaltung der zulässigen Immissionswerte ist in den jeweiligen Genehmigungsverfahren für konkrete Bauvorhaben vom Vorhabenträger nachzuweisen.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. Art. 81 der BayBO) und Gestaltungsfestsetzungen

Gestaltung / Anordnung Photovoltaikfreiflächenanlage Im SO₁ und SO₂ sind ausschließlich reflexionsarme Solarmodule zulässig.

Gestaltung von Gebäuden Gebäude sind mit Flachdach, Pultdach oder Satteldach (Neigung max. 30°) zu versehen. Außenwände sind auch in Metall in nichtreflektierenden, gedeckten Farben zulässig. Folienhauben/Tragluftdächer sind in gedeckten grünen, grauen oder weißen Farbtönen auszuführen, sofern keine anderen gesetzlichen Vorgaben entgegenstehen. Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen sind zulässig.

Einfriedungen

Einfriedungen sind dem natürlichen Geländeverlauf anzupassen und nur in transparenter Ausführung (Drahtgitter, Maschendraht) bis zu einer Höhe von 2,5 m über Oberkante Gelände zulässig. Die Zäune sind so anzulegen, dass Öffnungen zwischen Gelände und Zaununterkante von 15 cm gewährleistet werden. Alternativ ist ein ca. 30 cm tief im Boden verankerter Stabgitterzaun, mit mindestens zwei Öffnungen mit 15 cm x 10 cm als Durchlass für Kleintiere pro Meter Zaunlänge als Wolfsschutz zulässig

Geländeveränderungen sind insoweit zulässig, als sie im Zusammenhang mit der Erstellung der

Höhenentwicklung und Gestaltung

Anlage unbedingt erforderlich sind, jedoch max. 0,5 m abweichend vom natürlichen Gelände. Der Anschluss an das vorhandene Gelände der Nachbargrundstücke ist übergangslos herzustellen. Die Übergänge zur natürlichen Geländeoberflächen sind als Böschungen herzustellen. Die Geländeveränderungen sind in den Antragsunterlagen zum Bauantrags-/Genehmigungsverfahren darzustellen. Informationstafeln und Beleuchtung

Informationstafeln sind bis zu einer Gesamtflächengröße von 4 m² je Sondergebietsfeld zulässig. Die Außenbeleuchtung ist nur im Bereich der Erweiterung der Biogasanlage mit einem insektenfreundlichen Lichtspektrum mit neutral- bis warmweißer Farbtemperatur von 2.400 K bis max. 3.000 K zulässig.

Zufahrten und befestigte Flächen Die Gesamtbreite der Zufahrten zu den Sondergebietsflächen darf pro Zufahrt 20 m nicht überschreiten

Hinweise Grenzabstände bei Bepflanzungen gegenüber landwirtschaftlichen Grundstücken Bei Neupflanzungen von Gehölzen sind die gesetzlichen Grenzabstände gem. 48 AGBGB einzu-

halten: Gehölze über 2,0 m Höhe – mindestens 2,0 m, bei starker Verschattung 4,0 m Abstand von der Grenze

Denkmalpflege Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisver-

fahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Bodenschutz Alle Baumaßnahmen sind in bodenschonender Weise unter Beachtung der gültigen Regelwerke und Normen, insbesondere DIN 19639, 18915 und 19731 (vgl. auch § 12 BBodSchV) auszuführen. Sollten bei Aushubarbeiten optische oder organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich die zuständige Bodenschutzbehörde (Kreisverwaltungsbehörde) zu benachrichtigen (Mitteilungspflichten

gem. Art. 1, 12 Abs. 2 BayBodSchG). Duldung landwirtschaftlicher Immissionen

Die durch die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bearbeitung (Bodenbearbeitung, Ernte) der Nachbarflächen gelegentlich auftretenden Immissionen (insb. Staub) sind zu dulden. Gehölzschutz

Im Zuge der Bauausführung ist darauf zu achten, dass bestehende, zu erhaltende Bäume und Heckenstrukturen sowie benachbarte Gehölze nicht geschädigt werden. Das Befahren, Abstellen von Fahrzeugen und Betriebs- und Baumaterialien ist in diesen Bereichen auszuschließen.



Entwurf

Markt Reichenberg Erweiterung Bebauungsplan mit Grünordnungsplan "Erneuerbare Energien"

maßstab: 1:2.000 datum:

bearbeitet: mw/aö

18.11.2025

Bauernschmitt Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbB 90491 nürnberg oedenberger str. 65 tel 0911/39357-0 fax 39357-99

www.team4-planung.de info@team4-planung.de

